

des Ministeriums in dem Dänisch-Deutschen Kriege. Am 3. März erfolgte der Befehl zur Mobilmachung dreier Divisionen des Reichsheeres. Das Verhalten der Dänischen Regierung bewog das Ministerium, am 4. März an dieselben den Befehl ergehen zu lassen, sich nach dem Kriegsschauplatz in Bewegung zu setzen. Am 20. März hatten die Truppen ihren Marsch, wozu auch Dampfschiffe und Dampfswagen benutzt wurden, zurückgelegt, und es standen auf dem Boden der Herzogthümer 30 Bataillone mit 100 Feuerschlünden. In der nächsten Woche stieg ihre Zahl bereits auf 45,000 Mann. Auf solche Thatfachen, fügt der Herr Minister bei, würden wir mit gleicher Zuversicht rechnen können, wenn es das Wohl des Vaterlandes sonst noch erheischte. Verrechnet haben sich diejenigen, welche auf die Zerrissenheit Deutschlands rechneten, und verrechnen werden sich künftig alle, welche darauf ihre Pläne bauen. Das Heer operirt in zwei Linien, welche beide durch das Meer flankirt sind. Da es nothwendig erschien, wurde noch eine Division nach dem Kriegsschauplatz beordert. Der Minister erstattet hierauf Bericht über das Gefecht bei Eckernförde, und bestätigt dadurch officiell die schon bekannten Einzelheiten. So viel aus der Mittheilung hervorgeht, hat die Centralgewalt dem weggenommenen feindlichen Schiff den Namen Eckernförde gegeben und angeordnet, daß die Flagge des weggenommenen Schiffs nach Frankfurt gesendet, mit einer Gedenktafel, auf welcher die Einzelheiten des Sieges und die Namen derer, welche sich dabei hervorgethan haben, stünden, versehen und dann aufbewahrt werden solle. Hierauf erstattet der Präsident Simson unter lautloser Stille der Versammlung den Bericht über den Erfolg der Kaiser-Deputation nach Berlin.

Auf Grund des erwähnten Berichtes sind dem Vorsitzenden mehrere dringliche Anträge eingereicht, welche derselbe verliest. Die Herren Gessler, v. Hermann u. A. stellen einen Dringlichkeitsantrag, im Wesentlichen dahin gehend, es solle die Verfassung in den §§. 68 bis 84 so abgeändert werden, daß der Abschnitt III., Art. 1. also laute: Die Reichsregierung besteht aus einem Reichstatthalter und sechs Regierungsmitgliedern (das bekannte Direktorium mit abwechselndem Vorsitz von Preußen und Oesterreich und seinem Sitz in Frankfurt).

Ein zweiter Dringlichkeitsantrag der Abgg. Kierulff, Vogt, Raveaux und Genossen, will: „1. Die verfassungsgebende Reichs-Versammlung erkläre feierlich vor der Deutschen Nation an der in zweiter Lesung angenommenen und verkündeten Reichs-Verfassung und dem Wahl-Gesetze unwandelbar festzuhalten. 2. Den Bericht der Deputation einem Ausschusse zur schleunigen Berichterstattung zu übergeben.“

Ein 3. dringlicher Antrag von M. Mohl, Ahrens, Römer und Uhlend: „In Erwägung, daß die Antwort des Königs von Preußen als eine Ablehnung der Kaiser-Krone zu betrachten ist, beschließe die Versammlung: Daß die Oberhauptfrage als eine offene betrachtet werde und ein neuer Ausschuss von 30 Gliedern über dieselbe berathe und berichte.“ Das Oberhaupt des Deutschen Staates ist ein verantwortlicher Vollziehungsausschuss von 50 Gliedern, auf 4 Jahre durch das Volk zu wählen und der Volksvertretung verantwortlich. Abg. v. Wulffen will, daß die Versammlung sich auf so lange vertage, bis die Antworten der Regierungen eingelaufen seien. Abg. Ahrens beantragt, daß der Bericht der Deputation und alle dazu eingereichten Dringlichkeitsanträge einem Ausschusse zur Berichterstattung übergeben werde. Der Vorsitzende stellt die Dringlichkeitsfragen; dem Antrage des Abg. Gessler wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Der Antrag der Abgg. Kierulff, Vogt, Raveaux und Genossen war mit großer Mehrheit als dringlich anerkannt. Abg. Raveaux hat zuerst das Wort. Er begründet denselben in wenigen Worten: Halten wir zusammen, halten wir fest an der Souveränität der Nation, daß wir auf das Volk wirken; das wird auf die Fürsten wirken. (Bravo.) Abg. Wurm aus Hamburg: Ich erkläre mich für den Antrag der Abgg. Kierulff, Vogt, Zell und Genossen. Ich erwarte nicht, daß der Wahnsinn des Hofgesindes irgendwo die Anerkennung der Reichsverfassung hindere, denn dann würde das Volk bei einer zweiten Revolution nicht vor den Thoren stehen bleiben. Abg. M. Mohl: Nicht annehmen ist ablehnen; es ist nur eine Stimme der Anerkennung in der Versammlung über die Würde, mit welcher sich die Deputation benommen. (Bravo.) Das Wesentlichste der Verfassung, der Erbkaifer ist nicht zu finden. Man kann wohl Matrosen, aber keine Kaiser pressen. (Bravo.) Deshalb verharret der Redner bei seinem Antrage, die Oberhauptfrage als eine offene zu behandeln. — Abg. Simon von Trier fragt, ob der Ausschuss das Verhältniß der Antwort des Königs von Preußen zur Deutschen Reichsverfassung aufklären und erst festsetzen solle. Dieses Verhältniß kann nicht zweifelhaft sein. Er trägt darauf an, daß man die Antwort der Deputation anerkenne und erkläre, daß man an der ganzen Verfassung, wie sie vorliegt, festhalte. Unter dieser Verfassung sei es allen Parteien möglich sich zu schaaren und deswegen halte seine Partei mit derselben. Es wird zur Abstimmung über den Kierulff'schen Antrag geschritten. Der Antrag Kierulff's mit dem Verbesserungsantrag Simon's aus Trier will, daß die Bestimmung der Bildung eines Ausschusses weg bleibe, und die Anerkennung der Antwort der Deputation zu Eingang desselben ausgesprochen werde. Ueber den Kierulff'schen in Verbindung mit dem Verbesserungs-Antrage Ahren's welcher verlangt, daß eine Bestimmung eingeschoben werde, wodurch

die Oberhauptfrage als eine offene zu betrachten sei, über welche ein besonderer Ausschuss die dazu geeigneten Vorschläge zu machen habe, wird namentlich abgestimmt. Der Ahrens'sche Verbesserungsantrag wird mit 328 gegen 106 Stimmen abgelehnt. Es wird sogleich zur namentlichen Abstimmung über den Kierulff'schen Antrag geschritten. Es lautet: Die verfassungsgebende Reichsversammlung, veranlaßt durch den Inhalt des von der Deputation erstatteten Berichtes: 1) erklärt hierdurch feierlich vor der Deutschen Nation, an der in zweiter Lesung beschlossenen und verkündigten Reichsverfassung und dem Wahlgesetze unwandelbar festzuhalten; 2) sie verweist den von der Deputation erstatteten Bericht an einen durch die Abtheilungen zu erwählenden Ausschuss von 30 Mitgliedern zur möglichst schleunigen Berichterstattung und zur Vorbereitung der Maßregeln, welche zur Durchführung der unter 1 gegebenen feierlichen Erklärung nöthig erscheinen. Der Antrag wird mit 276 gegen 159 Stimmen angenommen. Eine Stimme enthält sich der Abstimmung. Ungefähr 40 Abgeordnete der Linken reichen eine Erklärung ein, die dahin lautet, daß sie sich deswegen der Abstimmung enthalten, weil sie es für unlogisch und unpraktisch halten, an einem Kaiserthume ohne Kaiser festzuhalten. — Die Versammlung beschließt, daß die Abtheilungen zur Wahl des Ausschusses morgen früh 9 Uhr zusammentreten. Nächste Sitzung: Freitag, 13. April.

\* **Berlin**, 12. April. Einer Nachricht zufolge, hatte das gesammte Ministerium unmittelbar nach der bekannten Sitzung am 4. in der die in der Deutschen Angelegenheit befolgte Politik von allen Parteien der zweiten Kammer mit alleiniger Ausnahme der äußersten Rechten verurtheilt wurde, dem Könige seine Entlassung angeboten; wir dürfen freilich glauben, von Hause aus in der sichern Ueberzeugung, daß sie nicht werde angenommen werden. „Es ist ihre heilige Pflicht, meine Herren,“ soll der König hierauf zu den Ministern gesagt haben, „zu bleiben, so lange zu bleiben, bis die Verhältnisse sich so weit consolidirt haben, daß Ihr Rücktritt als ein vollkommen freiwilliger erscheint. Ist es durchaus nothwendig, daß der Justizminister ersetzt werde, nun dann werden Sie ja einen andern entschlossenen Ehrenmann finden.“ Wir möchten noch an eine königliche Aeußerung erinnern, die kurz vor dem Zusammentritt der Kammern zum Grafen Brandenburg gesprochen sein soll: „Betrachte Deinen Posten (der König dukt seiner verwandtschaftlichen Beziehungen wegen den Grafen Brandenburg), als ob Du für mich auf dem Schlachtfelde ständest, und gib ihn daher nicht eher auf, als bis ich es Dich heiße.“ — Es sind nun gegenwärtig 14 Tage vorüber, daß die zweite Kammer den Beschluß faßte, das Ministerium zu ersuchen, die den Abgeordneten für Briefe bis zu 2 Loth bewilligte Portofreiheit auf Drucksachen bis zu fünf Pfund auszudehnen; dem Handelsminister aber, der sich freilich jedes Urtheil über seine Handlungsweise verbeten hat, fällt es gar nicht ein, diesem „Ersuchen“ nachzukommen, oder der Kammer auch nur Mittheilung zu machen, weshalb er ihren Beschluß nicht ausführt. Mag man aus dem Verhalten des Ministeriums der Kammer gegenüber in dieser geringfügigen Sache einen Schluß auf den Werth der Kammerbeschlüsse unter diesem Ministerium im Ganzen ziehen, man läßt aber, wie es von der Tribüne herab wiederholentlich gesagt worden ist, die Kammern reden und beschließen, was sie wollen, und thut doch, was man will. — Als eine interessante Anekdote für den Eifer, mit dem in den letzten Sitzungen der zweiten Kammer für die Deutsche Frage die einzelnen Mitglieder sich an den Beratungen betheiligten, mag das Faktum dienen, daß der Präsident der Kammer, Herr Grabow, am vorigen Dienstag in seinem Wahlorte Prenzlau einen Termin wegen eines Gutskaufs anstehen hatte, für dessen Versäumniß eine Konventionalstrafe von 1000 Thlr. stipulirt worden war. Die unerwartete Wendung der Deutschen Kaiserfrage verlängerte die Sitzungen bis zum Donnerstag, Herr Grabow präsidirte bis zum letzten Augenblicke und — zahlte für die Versäumniß von zwei Tagen die Strafe von 1000 Thlr. — Auf Grund offizieller Materialien und unter unmittelbarer Aufsicht des Ministeriums wird in den nächsten Tagen eine ausführliche Denkschrift über die Deutschen einheitlichen Bestrebungen zur Vertheidigung der vom Ministerium in der Deutschen Angelegenheit befolgten Politik im Wege des Buchhandels erscheinen.

**Berlin**, 11. April. Um die vom Westen her nach dem Kanal kommenden Deutschen Schiffe von den Dänischerseits angeordneten feindlichen Maßregeln schleunigst zu unterrichten und zu warnen, ist bereits von London aus durch die Vermittelung der dortigen Preussischen Gesandtschaft das schnellsegelnde Dampfschiff „William Gustow“ von 60 Pferde Kraft nach dem Kanal entsendet. Ferner ist zu noch mehrerer Vorsicht am 5. d. Mts. ein zweites Englisches Dampfschiff „Britannia“ von Dover in See gegangen, um im Kanal zu kreuzen. Endlich sind die Boosten in den am Kanal belegenen Englischen Häfen angewiesen, den Kapitänen der ihnen begegnenden oder dort anlaufenden Deutschen Schiffe die geeigneten Warnungen zukommen zu lassen. Es steht zu hoffen, daß diese zeitig angeordneten Maßregeln dazu beitragen werden, das Interesse des Deutschen Handels und der Rhederei möglichst zu wahren.

**Stettin**, 11. April. Die erste nautische Feierlichkeit fand am 5. in Swinemünde Statt, wo der Kommodore Schröder, begleitet vom Kommandanten von Swinemünde, Herrn Major Hanke, am Bord der